Große Anfrage der Fraktion der CDU

Perspektiven der beruflichen Bildung im Lande Bremen

Seit Beginn der Legislaturperiode lag das Augenmerk im Bereich Bildung vorrangig auf der Entwicklung des allgemein bildenden Schulwesens. Mit dem Bremer Bildungskonsens und dem neuen Bremischen Schulgesetz ist überparteilich ein neuer Weg eingeschlagen worden, der für die nächsten zehn Jahre Verlässlichkeit und Kontinuität schafft. Zur Umsetzung der Schulreform, die auch eine abermalige Veränderung der Schulstruktur beinhaltet, sind nunmehr die Grundlagen gelegt, auch wenn wichtige Fragen zum Beispiel im Bereich der Oberschulentwicklung, der Inklusion und der öffentlichen Schulen in freier Trägerschaft noch ausstehen.

Die zum Teil weitreichenden Veränderungen im allgemein bildenden Bereich haben aber nicht zuletzt durch die Schulstandortplanung der beiden Stadtgemeinden auch Auswirkungen auf das berufliche Schulwesen. An der Schnittstelle beider Bereiche ist zudem mit der Einführung der Werkschule eine neue Schulform hinzugekommen, deren Ausgestaltung ebenfalls noch am Anfang steht. Von diesen grundlegenden Veränderungen ist das Berufsschulwesen, das sich als „duales Berufsausbildungswesen“ bewährt und ausgezeichnet hat, bewusst ausgenommen.

Gleichwohl bedarf auch das Berufsschulwesen kontinuierlicher Begleitung, damit die Wertschätzung von politischer Seite nicht zur Worthülse wird. Insbesondere in Zeiten knapper Ressourcen kommt es darauf an, dass zum einen die zur Verfügung stehenden Mittel den Bedarf der Berufsschulen in angemessenem Umfang berücksichtigen, dass zum anderen aber auch das Erzielen möglicher Synergieeffekte – zum Beispiel durch die Einrichtung von Landesfachklassen oder bei der Nutzung von Ausbildungswerkstätten – in die Diskussion einbezogen wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Unterrichtssituation an den beruflichen Schulen im Lande Bremen, insbesondere im Hinblick auf die Schüler-Lehrer-Relation und den Unterrichtsausfall (bitte nach Stadtgemeinden getrennt aufführen)?
2. Wie bewertet der Senat die Ausstattung der beruflichen Schulen im Lande Bremen mit Lehr- und Lernmitteln, und wie hoch sind die Ausgaben dafür (bitte in absoluten Zahlen und pro Schüler, im Vergleich zu den allgemein bildenden Schulen und nach Stadtgemeinden getrennt aufführen)?
3. Welche besonderen Anforderungen an das Berufsschulangebot in Bremen und Bremerhaven stellt die jeweilige regionale Wirtschaftsstruktur?
4. Wie steht der Senat zu den von Ausbildungsbetrieben und Kammern geäußerten Klagen über eine vielfach fehlende Ausbildungsreife und damit mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Auszubildenden, und welche Maßnahmen will der Senat ergreifen, um die Qualität der Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen zu verbessern?
5. Wie will der Senat sicherstellen, dass die neue Schulform Werkschule landesweit zum Scharnier zwischen allgemein bildendem und beruflichem Schulwesen wird?

6. In welchen Ausbildungsberufen sind bezogen auf die jeweiligen Stadtgemeinden und ihre Berufsschulstandorte die Fachklassen kleiner als zehn Schüler?
7. Wie hoch ist der jeweilige Anteil der Berufsschülerschaft aus dem niedersächsischen Umland (bitte nach Stadtgemeinden getrennt aufführen)?
8. In welchen Ausbildungsberufen plant der Senat mit welchem Zeithorizont die Einrichtung von Landesfachklassen an welchen Standorten?
9. Wie beurteilt der Senat den Zustand und die Ausstattung der Ausbildungswerkstätten an den Berufsschulen, und welchen Modernisierungsbedarf gibt es (bitte nach Fachgebieten und Standorten in den Stadtgemeinden getrennt aufführen)?
10. Welchen Sanierungsbedarf an Berufsschulgebäuden gibt es, welche Maßnahmen laufen zurzeit, und welche Maßnahmen sollen in den nächsten zwei Jahren vorrangig durchgeführt werden (bitte nach Stadtgemeinden getrennt aufführen)?
11. Welche Kooperationsformen einer gemeinsamen Nutzung von Werkstätten gibt es zwischen welchen Partnern, welche Rahmenvorgaben sind dabei zu beachten, und wo gibt es Möglichkeiten der Verbesserung oder neuer Kooperationen gemeinsamer Werkstättennutzung (bitte nach Stadtgemeinden getrennt aufführen)?
12. Welchen Nutzen kann nach Ansicht des Senats die Modularisierung von Ausbildungsinhalten auch in der beruflichen Bildung haben, und welche Perspektiven ergeben sich daraus im Rahmen des „Kopenhagen-Prozesses“ und der anstehenden Vereinbarung eines EQR/DQR?
13. Welche Hindernisse stehen nach Ansicht des Senats einer angemessenen Berücksichtigung von den in der Berufsschule erbrachten Leistungen bei der Berufsabschlussprüfung der Kammern im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft der Lernorte Berufsschule und Betrieb entgegen?
14. Welche Möglichkeiten sieht der Senat mit Bezug auf die Kammerprüfungen, die ehrenamtliche Prüfertätigkeit von Berufsschullehrkräften als dienstliche Tätigkeit anzuerkennen und damit für einen entsprechenden Versicherungsschutz Sorge zu tragen sowie eine Grundlage für eine Anrechnung als Mehrbelastung zu schaffen?
15. Welche Möglichkeiten einer Zusammenarbeit unter Berücksichtigung welcher Aufgabenverteilung von Land, Kommunen, Betrieben, Berufsschulen und Kammern sieht der Senat bei der Beantragung von Projekten, die durch den Bund oder die EU gefördert werden?
16. Wie bewertet der Senat die Notwendigkeit, einen jährlichen Berufsbildungsbericht vorzulegen?
17. Wann ist mit der Durchführung des in der staatlichen Deputation für Bildung beschlossenen Fachtags zum Thema „Perspektiven der beruflichen Bildung im Lande Bremen“ zu rechnen, welche Themen sollen dabei vorrangig behandelt, welche Experten gehört und welcher Kreis von Teilnehmern zur Mitwirkung eingeladen werden?

Bernd Ravens, Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU